

Bezugspreis:

Vierteljährlich 1.20 — M. monatlich 40. — In und aus dem Ausland...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Reich“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 18. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Krise vor der Lösung.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei des Reichstags hat, wie die P.M. hören, in ihrer Sitzung am Montag nachmittag mit 40 gegen 17 Stimmen beschloßen, dem Reichsgezetzen zum Schutze der Republik zuzustimmen...

Der Beschluß der Fraktion der U.S.P. hat eine vorläufige Klärung der Regierungskrise insoweit gebracht, als die Entscheidungen über den Eintritt von Mitgliedern der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft auf die Herbst-Session des Reichstags vertagt worden sind.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft

Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen werden ihr gemeinsames Handeln im Verlaufe der letzten Tage durch eine gemeinsame Erklärung der gesamten Arbeitsgemeinschaft mitteilen.

Schlussarbeiten des Reichstags.

Der Ältestenausschuß beschäftigte sich am Montag mit der Tagesordnung der Reichstagsitzung für Dienstag. Die Sitzung soll bereits um 10 Uhr beginnen und neben kleineren Vorlagen die fünf Gesetze zum Schutze der Republik verabschieden.

Der Ältestenrat des Reichstages hat gestern Abend die große Reihe der Gegenstände bestimmt, die in der Sitzung heute noch erledigt werden sollen bevor die Sommerpause beginnt.

Alle Voraussicht nach wird der Auswärtige Ausschuh am Mittwoch zusammentreten, um sich mit dem Inhalt des Garantiekomitees in Berlin zu beschäftigen.

Teuerungsverhandlungen mit den Beamten.

Im Beamtenausschuß des Reichstages gab zu der Frage der Teuerungsmaßnahmen ein Vertreter des Reichsfinanzministers die Erklärung ab, daß der Reichsfinanzminister sich nicht der Notwendigkeit verschließen wird, eine neue Teuerungsaktion einzutreten.

Auflösung des Hochschulringes in Breslau.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium Breslau verbreitet folgenden auch außerhalb der Provinz Niederschlesien interessierenden Bericht:

Die Auflösung des Hochschulringes deutscher Art an der Breslauer Universität ist, wie bereits gemeldet, erfolgt, weil er zur Teilnahme an einer militärischen Geheimorganisation aufgefordert hat.

Die Behauptung innerpolitischer Harmlosigkeit des gesamten Unternehmens wird bereits dadurch widerlegt, daß es, ganz gleich, welches seine Ziele waren, Geheimbündelei darstellt.

Mitglieder der Organisation „C“ sind.

Ihr angebliches Ausscheiden aus der Organisation C im letzten Winter stellt sich als Vorspiegelung falscher Tatsachen dar, da nach den Aussagen der Ausgetretenen weiter den Bestimmungen der Organisation unterworfen sind und als Verräter der „Feme“ verfallen.

Die von außen kommende Finanzierung des Unternehmens hin, dessen Geldgeber noch nicht ermittelt werden konnten.

Der Hochschulring deutscher Art, der zur Teilnahme an diesem verbotenen Unternehmen aufgefordert hat, hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Hochburgen der Reaktion.

Zu dem gleichen Thema schreibt man uns: Unter den böhmischen Universitäten ist die Julius-Universität in Würzburg Hort und Sammelpunkt der Reaktion.

Eine kleine, aber höchst charakteristische Episode vom 24. Juni, dem Tage der Ermordung des Ministers Rathenau, sei von der Würzburger Universität mitgeteilt.

Waffenfund in Potsdam.

In Potsdam wurde gestern ein größeres Waffenlager ausgehoben. In der früheren Garde-du-Corps-Kaserne am Kanal wurde in den letzten Tagen beobachtet, daß Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände in später Abendstunden von einem Zimmer im dritten Stock nach unbekannter Stelle befördert wurden.

Nachdem die Polizei auf die energische Forderung unserer Vertrauensmänner hin das gefundene Material beschlagnahmt und der Treuhänder-Gesellschaft übergeben hatte, verlangte ein Offizier des Infanterieregiments Nr. 9, dem die Angelegenheit inzwischen durch eine noch in der Kaserne wohnende Frau eines Feldwebels mitgeteilt worden war, die Freigabe der beschlagnahmten Gegenstände mit der Begründung, sie seien Eigentum des Regiments.

Diese Angelegenheit bedarf u. E. dringend der Klärung.

Die Dena meldet aus Stuttgart, daß die Interalliierte Militär-Kontrollkommission ein neues Waffenlager entdeckt hat.

Für unsere innen- und außenpolitische Lage werden diese fortgesetzten Waffenfunde nachgerade unerträglich.

Wir verlangen gründliches Zutreffen ohne Rücksicht auf Personen, Stand und Institutionen.

Es lebe die Einigkeit!

Der Reichstag will heute seine Arbeit beenden und sich bis zum Oktober vertagen. Das wird nur möglich sein, wenn die Gesetze zum Schutze der Republik heute in dritter Lesung angenommen werden.

Vertagung bedeutet — darüber darf man sich nicht täuschen — eine Verschiebung der Entscheidung in der Regierungsfrage, deren sofortige Lösung von der sozialdemokratischen Fraktion gewünscht wurde.

Eine Auflösung des Reichstages war nur möglich, wenn es sich um sachliche Gegensätze von solcher Tiefe handelte, daß sie das ganze Volk aufrüttelten.

Um aber einige etwas schärfere Formulierungen im ganzen ausreichender Gesetze durchzudringen, kann man in keinen Wahlkampf gehen.

Bill man einen großen Kampf von geschichtlicher Bedeutung wagen, so muß man Streitobjekt und Zeitpunkt richtig wählen.

Auf der anderen Seite ist die Unhaltbarkeit der im Reichstag herrschenden Zustände offenbar geworden.

Der Kampf dauert fort, und wenn er wirkungsvoller und erfolgreicher fortgeführt werden soll, dann müssen die Lehren jenes Abschnitts, der heute zu Ende gehen soll, beherzigt werden.

Der Zusammenschluß der beiden Fraktionen zur Arbeitsgemeinschaft erfolgte zu spät, er konnte sich nicht mehr auswirken.

Das ist das Ziel, auf das jetzt mit allen Kräften hingearbeitet werden muß. Wir müssen den bürgerlichen Parteien zeigen, daß sie untereinander niemals so einig sein können, wie wir Sozialdemokraten es miteinander wieder sein wollen.

Die vor dem Unglücksfall bestanden, und wir wollen sehen, ob sie uns auch das nachmachen können!

Im bürgerlichen Mittelblock, von dem man nicht recht weiß, ob er schon da ist und ob er jemals mehr sein wird als eine Attrappe, sind die Meinungen sehr geteilt. Während die einen ganz offen sagen, es gelte gegen die „rote Sozialpolitik“, die „Alleinherrschaft der Gewerkschaften“, die „Diktatur der Masse“ einen Damm zu errichten, bestreiten die anderen entschieden und sicher auch gutgläubig den antisozialistischen und arbeiterfeindlichen Charakter der neuen Gründung. Aber solche Dinge tragen ihr eigenes Entwicklungsgesetz in sich, und wenn der Mittelblock zustande kommt, werden sehr bald die sozialindustriellen und agrarischen Elemente der Volkspartei und des rechten Flügels des Zentrums und der Demokraten die Oberhand gewinnen. Dagegen gibt es dann nur ein wirksames Gegengewicht: die Einigkeit der gesamten Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes, das heißt die einheitliche Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer gemeinsamen großen sozialdemokratischen Kampfpartei.

Es wird manchen geben, der mit dem vorläufigen Ausgang des Kampfes unzufrieden sein wird. Man wird nach taktischen Fehlern suchen, die begangen wurden, das schadet nichts, Kritik ist gesund. Aber darüber soll man sich allgemein klar sein: wenn es gelingt, in Verfolg dieses Kampfes die Einigkeit wieder herzustellen, so ist das mehr wert als ein Schoß Gesetzesparagraphen und ein Duzend Ministerposten!

Wenn wir uns einigen, um die gesamte Kraft der arbeitenden Massen künftig in die Bahnhöhle der Entscheidung werfen zu können, dann wird uns dabei freilich zunächst noch ein Geräusch hinter unserem Rücken daran erinnern, daß es eine SPD gibt. Aber in dem Augenblick, in dem wieder eine einzige sozialdemokratische Partei da steht, nähert sich die Bedeutung dieser unbeherrschbaren Linksgruppe dem Gipfelpunkt. Von dem Augenblick der Einigung an wird die SPD, das gefährlichste Schloß der Reaktion sein, weil sie in Wahrheit ihre letzte Hoffnung sein wird. Aber auch dieses Zwischenstück kann nicht lange dauern.

Die Lehre der letzten Wochen, die, beherzt, mehr wert ist als alle positiven Erfolge, lautet: Wenn der Reichstag im Herbst wiederkommt, dann darf es nur noch eine Fraktion, eine Partei, eine geschlossene organisierte Masse der deutschen Sozialdemokratie geben!

Es lebe die Einigkeit!

Die Erschwerung der Mörder-Fahndung.

Wir teilten bereits mit, daß die Eisenbahndirektion Berlin in einer durch WTB verbreiteten Erklärung die in dem Artikel des „Vorwärts“ (und vordem bereits von der „Dena“) gegen sie anlässlich der Verfolgung der Rathenau-Mörder erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweist. Wir begnügen uns einstweilen mit der Erklärung, daß unsere Darstellung zutrifft, wollen aber den preussischen Behörden, die zu einer Klarstellung des Tatbestandes vor der gesamten Presse Gelegenheit haben, nicht vorgehen. Wir können aber schon jetzt betonen, daß die Vorwürfe gegen die Eisenbahndirektion sich nicht allein auf die Beförderung der Berliner Schutzpolizei nach Gardelegen beschränken werden.

Die „Vossische Zeitung“ hatte sich auch an die zuständigen Stellen der Reichspostverwaltung mit dem Ersuchen um Klärstellung des von uns gegen die Oberpostdirektion Magdeburg erhobenen Vorwurfs der Ablehnung eines telephonischen Nachdienstes für Gardelegen gewandt. Sie teilt in ihrer gestrigen Abendausgabe mit, daß die „Recherchen“ des Reichspostministeriums bisher noch nicht abgeschlossen sind.

Zu dem anderen Vorwurf des gänzlichen Verfallens der Behörden beim öffentlichen Anschlagen der Trauerreden des Reichstagspräsidenten und des Kanzlers wurde uns von den verschiedensten Seiten bestätigt, daß der Verwaltungsapparat

sich dieser ungewohnten Aufgabe in keiner Weise gewachsen zeigte. Wir lassen die Frage offen, ob eine gegen die ähsterle Linke gerichtete Rede ebenso stiefmütterlich von den Behörden behandelt worden wäre. Es gibt allerdings zu denken Anlaß, daß in einem sehr weit von Berlin liegenden Kreise, dessen Landrat zufällig ein Sozialdemokrat ist, der öffentliche Anschlag außerordentlich rasch und restlos durchgeführt werden konnte!

Bei der gestrigen Beratung des Reichskriminalgesetzes im Reichstag hat der bayerische Volkspartei- und Staatsanwalt Dr. Emminger von dem „Vorwärts“-Artikel u. a. gesagt, daß er ihn als Kriminalist lebhaft interessiert hätte, daß aber diese Veröffentlichung eine Erschwerung der künftigen Fahndungsaktion zur Folge haben würde. Diese auf nichts beruhende Behauptung wurde sodann vom Reichsminister des Innern, Genossen Dr. Köster, zurückgewiesen, der in den darin zur Sprache gebrachten Mißständen vielmehr den Beweis für die Notwendigkeit des Reichskriminalgesetzes erblickte. In diesem Zusammenhang sei noch die Tatsache erwähnt, die wir aus Raumgründen in dem erwähnten Artikel nicht hervorheben konnten, daß die Berliner Polizei von Gardelegen aus noch besonders bei der braunschweigischen und der thüringischen Regierung auftrug, wo sie aus staatsrechtlichen Gründen tatsächlich verpflichtet war, ob diese etwas dagegen hätten, wenn die Berliner Kommissare bei der Fahndung etwa deren Staatsgebiet betreten müßten. Sowohl von Braunschweig wie von Weimar aus wurde dies selbstverständlich sofort verneint und die uneingeschränkte Unterstützung der preussischen Polizei durch die Landesbehörden für diesen Fall zugesagt. Wir sind sicher, daß sämtliche übrigen Landesregierungen ähnlich geantwortet hätten. Kann aber Herr Staatsanwalt und Abgeordneter Dr. Emminger mit gutem Gewissen behaupten, daß die Antwort der bayerischen Regierung ebenso selbstverständlich bejahend gewesen wäre? Gerade angesichts gewisser Vorkommnisse bei der Untersuchung des Rathenau-Mordes in letzter Zeit und der ständigen Betonung der bayerischen „Hoheitsrechte“ auf polizeilichem Gebiet durch die bayerische Regierung und die bayerische Volkspartei glauben wir im Gegenteil, daß, wenn es sich darum gehandelt hätte, die bayerischen Grenzen zu überschreiten, die stehenden Mörder geringere politische Bedenken zu überwinden gehabt hätten als die Berliner Kriminalkommissare.

Rastatt, 17. Juli. (WTB.) Die Gendarmen verhafteten gestern in Dettingen zwei junge Leute, die für Mitwisser des Mordes an Rathenau gehalten werden. Sie hatten sich durch verschiedene Fragen verdächtig gemacht.

Gegen alles heilende „Aktions“-ausschüsse.

Neuerdings werden unsere kommunistischen Freunde wieder lebendig. Sie laden zur Gründung örtlicher „Arbeitsgemeinschaften“ ein. Hier sollte streng darauf geachtet werden, daß unsere Genossen sich nicht mißbrauchen lassen. Die sozialdemokratische Bezirksorganisation Groß-Berlin beschloß deswegen in ihrer jüngsten Vorstandssitzung im Zusammenhang mit dem Fall einer „Arbeitsgemeinschaft“ in Steglitz:

„Der Bezirksvorstand beschließt, daß einzelne Genossen, Abteilungen oder Kreise der Bezirksorganisation ohne Einverständnis des Bezirksvorstandes keinerlei Abmachungen irgendwelcher Art mit anderen politischen Parteien oder irgendwelchen anderen Organisationen treffen dürfen.“

Der 12. Kreis wird beauftragt, seinen Beschluß vom 3. Juli zum Aktionsausschuß des 12. Kreises sofort Geltung zu verschaffen.“

In den Reichswirtschaftsrat berufen. Der Leiter des Bureaus für Sozialpolitik, Professor Dr. E. Heyde, ist von der Reichsregierung an Stelle des verstorbenen Professors Dr. Ernst Franke in den Reichswirtschaftsrat berufen worden.

Zur bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Es gibt auch heute noch eifrige Leute, die behaupten, daß die aus der natürlichen Entwicklung herausgewachsene sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sterbenskrank, dagegen der totgeborene Drilling, genannt bürgerlicher Bloß, quill-lebendig sei. Dabei ist beinahe lustig anzusehen, wie begeistert viele auf diesen Unsinns hereinsinken, jenen Unsinns, hinter dem sich eine ausgemachte deutschnationale Hoffnung heute noch schamhaft-bescheiden verbirgt.

Die „Berliner Volkszeitung“ zieht sie kurz entschlossen hervor, indem sie schreibt:

„Wir warnen die Vertreter der bürgerlichen Demokratie, wir warnen die Führer der bürgerlichen Koalitionsparteien vor einem sicherlich in bester Absicht unternommenen Experiment, das de facto ein Abbruch nach rechts bedeutet. In den Reihen der Republikaner ohne Unterschied der Partei ist die große Wallung der letzten Juni- und Juli-Tagen lebendig. Die Parteien verstehen die Sprache der Regierung und der Regierungsparteien am 24. und 25. Juni. Aber sie verstehen nicht mehr den Kuhhandel der letzten Woche. Die Sammlung gegen die Sozialisten, die unter Bülow und Bethmann nicht gelang, ist unter Wirth überhaupt nicht mehr diskutabel. Wer das nicht begreift, über den werden bald die Ereignisse hinweggehen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem Leitartikel: „... aber allen Verleumdungen zum Trotz, mit denen man uns jetzt wieder bedeckt, muß die Wahrheit gesagt werden: daß die Schuld der Sozialdemokraten eine taktische, die von Zentrum und sozialdemokratischer Partei eine grundsätzliche ist. Bei der unabhängigen Sozialdemokratie vollzieht sich ein Auflösungsprozeß; auf der Gegenseite aber vollzieht sich zum Unglück das Umgekehrte, denn hier müßte die Gesundung, die wir brauchen, in einem Auflösungsprozeß bei der Deutschen Volkspartei bestehen. Wer wirklich das Leiden der Nordbuben verabscheut, wer sich ehelich und mit bestem Willen zur Republik bekennen will, der muß jetzt von ihr den Weg zur demokratischen Partei finden, wer ihn nicht findet, der soll zu den Deutschnationalen gehen, zu denen er gehört, das wäre heute gegeben. Statt dessen süßet die Taktik von Zentrum und demokratischer Partei lediglich dazu, die Volkspartei in ihrer Unklarheit zu erhalten und zu kräftigen.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen, abgesehen von der Feststellung, daß wahrscheinlich sogar das Castansche Panoptikum wieder aufleben würde, wenn es den deutschnational-schwarzrotgoldenen-katholischen sowohl als auch deutschnationalen Bloß zur Schau stellen könnte.

Die 32 Millionen geleistet.

Paris, 17. Juli. (WTB.) Die Reparationskommission teilt in einem Communiqué mit, daß die deutsche Regierung die Summe von 32 107 397,70 Goldmark als Restbetrag für die vierte Rate vom 15. Juli geleistet habe, deren Zahlung von der Reparationskommission am 21. März vorgeschrieben worden war.

Wie der „Temps“ mitteilt, hat der französische Vorkommissar in Berlin, Charles Laurent, die deutsche Regierung von der Entscheidung der französischen Regierung in Kenntnis gesetzt, das Wiesbadener und das Berliner Abkommen über die Sachlieferungen in Kraft zu setzen, und zwar mit Wirkung vom 20. Juli.

Konferenz der Gewerkschaftsinternationale.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene Konferenz zur Beratung der Frage einer Revision des Verfallener Vertrages und des Wiederaufbaues Europas ist nunmehr endgültig am Mittwoch in Amsterdam festgesetzt. Auch die deutschen Vertreter werden nach vorläufiger Klärung der innerpolitischen Lage rechtzeitig in Amsterdam eintreffen. Zu diesem Zweck reisen die Genossen Weis, Crispin und Leipart heute abend nach Amsterdam ab.

Kaiserbilder.

Von Josephus.

Gesieht den Fall, es wäre den geplagten Ägyptern gelungen, die Pharaonen nach Amerongen zu schicken — sie hätten sich nicht einen Augenblick besonnen, die Pyramiden abzutragen. Wenn der Tyrann fort ist, wozu das architektonische Andenken an den Tyrannen? Genügt das historische Bild?

Der deutsche Republikaner ist das Original des Monarchen Ion, aber die Kopie behält er. Es ist, wie wenn jemand die Frau hinauswürfe, die ihn schmählich betrogen. Aber ihre Photographie steht auf seinem Schreibtisch.

„Wegen der Erinnerung“ entschuldigt sich der Republikaner. Aber, wenn er erst die abgebildete Schnurrbartspitze des Kaisers sehen muß, um sich an den Weltkrieg zu erinnern, — wozu hat er dann die wirkliche nach Amerongen geschickt?

Wenn er das Bild eines Zepters sehen muß, um die Vorstellung von einer Schlächterkeule zu gewinnen, so hätte er das Zepter behalten können.

Weshalb hütet jemand in pietätvoller Treue die Photographien der Skorpione, mit denen er gequält ward?

Ist das „historischer Sinn“?

O, einfeltiger, historischer Sinn! Denn der pietätvolle Republikaner hat nicht etwa das Bild des Schlächters, sondern jenes von einem verlogenen-gütigen Henker. Von der ganzen Hinrichtung bewahrt er nur den herrlichen Scharlachmantel des Scharfrichters und die Marschmusik, die ihn auf dem letzten Weg begleitet. Er sieht nur Braut des Opferfestes, nicht Opferung. Nur betränkten Altar, nicht dessen Zweck, hört nur des Priesters Gebet, nicht sein Messerwehen. Behält von seinem Leidenbegangnis nur die Parade im Gedächtnis.

Gäbe es aber einen gerechten historischen Sinn in den Monumenten, so müßten die Gipsbüsten der Hohenzollern nicht auf Sockeln stehen, sondern in roter Farbe schwimmen. Solche Darstellungen könnten in Schulen, Kiemern, Parlamenten aufbewahrt werden.

Ich habe einen Granatplitter auf, der aus meinem Oberstufenfenster entfiel, in jener Zeit, deren Abfälle Granatplitter waren. Allein, es wird mir nie einfallen, ein Bild zu behalten, das die feistliche Einweihung jenes Geschüßes darstellt, dem ich fast zum Opfer gefallen wäre.

Die Siegesallee aber wird ewig stehen. Und nach 2000 Jahren werden Karawanen durch die märkische Sandwüste ziehen, um der deutschen Pharaonen Siegesallee zu besichtigen.

Einheitskurzschrift. Der Ausschuß zur Ausarbeitung einer deutschen Einheitskurzschrift, der im Reichsministerium des Innern unter Leitung des Staatssekretärs Schulz tagte, hat den Entwurf einer Verkehrschrift fertiggestellt und der Reichsregierung überreicht. Der Entwurf soll nunmehr der Öffentlichkeit übergeben und den beteiligten Reichsressorts und den Landesregierungen zur Entscheidung zugeleitet werden.

Juristisches zum Fredericus-Film.

Von Rechtsanwält Dr. Ernst Emil Schweitzer, Berlin.

Die heftige Regierung hat bei der Film-Oberprüfungsstelle den Antrag gestellt, die Zulassung des Films „Fredericus Rex“ gemäß § 4 des Lichtspielgesetzes zu widerrufen, weil die Vorführung dieses Films geeignet ist, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hält dies für so wichtig, daß er in der Abendausgabe vom 14. Juli eingehend gegen diesen Antrag Stellung nimmt. Die Ausführungen des „Lokal-Anzeigers“ sind aber juristisch gänzlich haltlos, und der Antrag des Freistaates Hessen bedeutet lediglich, daß einem Zustand ein Ende gemacht werden soll, der sich geradezu als eine Verhöhnung des Lichtspielgesetzes vom 12. Mai 1920 darstellt.

§ 1 des Gesetzes sagt: „Die Zulassung . . . ist zu verweigern, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Bildstreifens geeignet ist, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das religiöse Empfinden zu verletzen, verhöhnd oder entwürdigend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden.“

Es kann nach den Erfahrungen, die mit dem Fredericus-Film gemacht worden sind, keinem Zweifel unterliegen, daß er unter dieses Verbot fällt. Seine Aufführung ist geeignet, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, aber sie ist auch aus dem zweiten Grunde unzulässig, weil sie geeignet ist, das deutsche Ansehen zu gefährden. Der „Lokal-Anzeiger“ beruft sich zwar auf eine angeblich von links stehenden Organisationsstelle gefasste Resolution, „daß das Bild sehr lehrreich sei und alles andere als monarchistische Schnulche auslöse“. Der „Lokal-Anzeiger“ selbst bemerkt aber dazu: „Was diesen letzten Punkt anbelangt, so ist es wohl verschieden darum bestellt.“

Nun ist es aber außer Zweifel, daß auch ein Film, der sich als eine Verkörperung der Monarchie darstellt, als geeignet erscheinen kann, das deutsche Ansehen zu gefährden, und ebenso auch eine Gefahr für die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten darstellt. Ich möchte hier darauf hinweisen, daß sogar Hellwig, der einen sehr gründlichen Kommentar zum Lichtspielgesetz geschrieben hat, und zwar einen Kommentar, der politisch einen eher rechtsstehenden und den Nationalisten freundlichen Standpunkt einnimmt, zu demjenigen Film, deren Verbot in Betracht kommt, auch zählt die Widergabe des genannten Vloggenraubes auf der französischen Wochenschrift in Berlin, Verkörperung der Monarchie, Aufforderung zum Raubkrieg“. (Vgl. Hellwig zu § 1 Art. 31, S. 108.)

Für den Fredericus-Film kommt nun entscheidend folgendes in Betracht. Die Praxis hat erwiesen, daß sich der Film tatsächlich als eine schwere Gefahr darstellt. Die Zuschauer haben die Aufführung nicht nur als eine historische Darstellung hingenommen, sondern sie haben sie zum Anlaß genommen, um monarchistische Demonstrationen zu veranstalten. Das aber soll eben gerade durch § 1 des Lichtspielgesetzes verhindert werden. Nicht die historische Darstellung als solche, sondern die ausdrückliche Bestimmung des § 1 Abs. 2 Satz 2 auch noch nicht die politische Tendenz als solche wäre zu beanstanden. Eine Gefahr aber wird der Film in dem Augenblicke, wo seine Wirkung auf die Zuschauer eine derartige ist, daß es zu politischen Demonstrationen im Zuschauerraum kommt. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich diese Demonstration gegen

die bestehende Staatsordnung richtet, weil hierdurch im Ausland die Meinung entstehen muß, als ob in Deutschland eine starke Gegenbewegung gegen die herrschende Staatsform besteht und weil hierdurch auch das Ansehen Deutschlands als eines an innerer Beruhigung und Befestigung arbeitenden Staates gefährdet wird. Dies kommt deutlich zum Ausdruck in den Gegendemonstrationen, zu denen der Film Veranlassung gegeben hat. Die Filmzensur ist eben deshalb da, weil wir uns den Luxus derartiger Kinosämpfe gegenwärtig nicht leisten können.

Deutsche Luftschiffe im Auslandsverkehr. Der Bau eines für Verkehrszwecke bestimmten Zeppelin-Luftschiffes für die Vereinigten Staaten von Amerika wird die Friedrichshafener Anlagen zu neuem Leben erwecken. Während Deutschland nach Aufhebung des Bauverbotes der Entente nur Luftschiffe von einem Raumgewicht bis zu 30 000 Kubikmeter bauen darf, wird der für Amerika bestimmte Zeppelin ein 70 000-Kubikmeter-Luftschiff sein, das neben einer Besatzung von 24 Mann 30 Fahrgäste und 40 Tonnen Nutzlast mit sich führen kann. Seine Geschwindigkeit soll nach den Forderungen der Vereinigten Staaten 120 Kilometer betragen. Dieser Zeppelin, dessen Bau voraussichtlich etwas länger als ein Jahr dauern wird, soll dann als erstes deutsches Luftschiff den Ozean überqueren und damit den Anfang mit einem von deutschen Luftschiffen ausgeführten Weltluftverkehr machen. In Amerika soll nach dem Eintreffen des Luftschiffes eine Luftschiffahrts-Verkehrsgesellschaft gegründet werden, in der dem Luftschiffbau Zeppelin und der Deutschen Luftschiffahrts-A.G. genügender Einfluß gesichert wird. In absehbarer Zeit wird sich also sowohl in Amerika selbst wie zwischen diesem und Europa ein Luftschiffverkehr entwickeln, an dem die beiden hervorragenden Systeme des deutschen Luftschiffbaues beteiligt sein werden. Bekanntlich hat eine andere amerikanisch-deutsche Luftschiffahrtsgesellschaft, die „General Air Services Company“, bereits einen Vertrag über die Verwendung der Schütte-Lanz-Luftschiffe in Amerika abgeschlossen. — Parallel damit laufen die bekannten Verhandlungen über die Bildung einer spanisch-argentinischen Gesellschaft zwecks Schaffung eines Ozeanverkehrs Spanien-Südamerika, für den Zeppelin-Luftschiffe von 100 000 Kubikmeter und darüber vorgesehen sind. Die in Madrid geführten Verhandlungen sind soweit vorgeschritten, daß mit der Gründung dieses Unternehmens in Kürze zu rechnen ist.

Alles drahtlos in Amerika! Während bei uns für die drahtlose Telegraphie und Telephonie ein staatliches Verkehrsmonopol wie für Post und Telegraphie überhaupt besteht, steht es in den Vereinigten Staaten jedermann frei, sich eine drahtlose Empfangsstation zu errichten. Man ging dabei von dem Standpunkt aus, daß es doch nicht möglich sei, die Errichtung privater Stationen zu verhindern. Während früher die Anlagen sehr kostspielig und deshalb sehr selten waren, ist infolge der neueren Entwicklung der Funkentelegraphie und besonders seit der Einführung der Rahmenantenne, die überall bequem unterzubringen ist, die Zahl der Empfangsstationen so gestiegen, daß sie bereits auf eine Million geschätzt wird. Für das Aufnehmen telegraphischer Zeichen, das etwas schwierig und langsam ist, hatte der Amerikaner weniger Reizung, aber seitdem man drahtlos telephonieren kann, bereitet es jedem ein Vergnügen, in seinem Heim Musikstücke, Vorträge und dergleichen anzuhören, ohne sich dafür sonderlich bemühen zu müssen. Die

Im Reiche der Maschinen.

Oberschöneweide, das vor einem Menschenalter noch ein unbekanntes, verlassenes Nest von etwa 300 Einwohnern war, ist heute als Mittelpunkt einer gigantisch gewachsenen Industrie in aller Welt bekannt. Eisenbahnen, Dampfer und Röhren bringen ungeheure Mengen kostbarer Rohmaterialien aus allen Erdteilen heran und ermöglichen die mannigfaltigsten Fertigprodukte in die Ferne. Mehr als 30 000 Einwohner haben jetzt hier ihren Wohnsitz und mehr als 8000 von ihnen arbeiten in dem Kabelwerk der AEG., das 1897 hier errichtet wurde und das den Anlaß zu dieser soft amerikanisch anmutenden Entwicklung gab. Dort, wo die sechs 75 Meter hohen Schornsteine des städtischen Elektrizitätswerkes emporragen, ist das Kabelwerk zu suchen, das die vielfältigsten Betriebe in sich vereinigt, und in dem die unterschiedlichsten Arbeiten verrichtet werden.

Im Kupferwalzwerk.

Am Kai an der Spree löschen Dampfer tausende von Kupferbarren, die Amerika sandte. In ständiger Folge wandern sie in den Glühöfen des Kupferwalzwerkes. Sengender Gluthauch erfüllt die Atmosphäre, wenn der rotwarne Barren den Ofen verläßt. Dann greifen glühende Zangen zu, die fast nackte Arbeiter, schweißtriefend und mit sicheren, genau abgemessenen Bewegungen schwingen. Und ehe der glühende Barren zur Befestigung kommt, wird er schon von der Vorwalze gepaßt, in die Walzenstraße gedrängt, und unter Donner und Krachen streckt und reckt sich der dicke Barren zu einer immer länger und dünner werdenden Stange. Als bald schiebt er, gereizt wie eine giftige Schlange, pfeilschnell durch die Feinwalzen, sein Ende wagt hin und her, als versuche es die Arbeiter, die schon einen neuen Kupferblock dem gleichen Schicksal übergeben haben, für die ihm angetanen Schmerzen zu strafen, sie zu umschlingen und zu verbrennen. Die aber kümmern sich scheinbar gar nicht um seine Zuckungen und mit der gleichen Ruhe arbeitet mit ihnen im Bunde der Rotor, der die Walzen dreht, bis der ehemalige Kupferbarren als Draht von 7 Millimeter Stärke sorglich aufgerollt seine Hölle verläßt.

Der Draht bildet nun das Ausgangsprodukt für die Kabel der verschiedensten Art, die hier gefertigt werden. Er wird zunächst in der Grobdrahtzieherei bis zu einer Stärke von 1/2 Millimeter und in der Feindrahtzieherei auf noch geringere Durchmesser heruntergezogen. Der Draht wird dann zunächst von der Ablauftrommel der Ziehbank aufgenommen und gezwungen, ein in gehärteten Stahl oder Diamant gehobenes Loch von kleinerem Durchmesser zu passieren, um sich dann wieder um eine Auflaufstrommel zu winden. Man gibt den Drähten dabei sowohl kreisförmigen als auch vierkantigen Querschnitt. Ein Kupferbarren von 90 Kilogramm Gewicht hat auf einen Durchmesser von 1/2 Millimeter heruntergewalzt und gezogen eine Länge von 5200 Kilometer, was der Entfernung Hamburg—New York entspricht.

Durch das Ziehen wird die Festigkeit des Drahtes außerordentlich erhöht und er eignet sich in diesem Zustande ausgezeichnet für Freileitungen. Für Kabel- und isolierte Leitungen aber soll er biegsam sein, und muß daher noch einmal die Hölle des Glühofens auf einer Rolle ohne Ende durch ein von außen her vom Feuer umspültes Rohr durchwandern. Feinere Drähte werden in luftdicht abgeschlossenen Röhren durch Ausföhren biegsam gemacht.

Die Starkstromkabelfabrik.

In der Starkstromkabelfabrik, die eine Länge von 200 Meter und eine Breite von 77 Meter hat, kreben sich die Verleimmaschinen, gewaltige Locomotiven, die wie Spinnmaschinen die aus der Drahtzieherei gelieferten Drähte zu Seilen zusammendrehen. Hier ist der Mensch vom Fabrikationsgange fast gänzlich ausgeschaltet. Hier herrscht die Maschine selbsttätig; ohne Ruhe, ohne Kost, leistet sie ihre Arbeit, überall, wohin man sieht. Im ersten Arbeitsgange entsteht so ein Kupferseil, das alsbald auf den Wickelmaschinen in schmalen Papierstreifen zur Isolation umwickelt wird, die je nach der Betriebsspannung, für die das betreffende Kabel gebaut wird, von verschiedener Stärke sind. Hierauf wird das Kabel in Vakuumkammern getrocknet und mit einer hochschmelzenden Masse getränkt. Jetzt werden die Kabel durch große Walzen hindurchgeschleift. Hier empfangen sie einen nachfolgenden Bleimantel, der sie nach ihrer Verlegung gegen Risse schützen soll. In diesem Zustande werden

sie auf dem ausgedehnten Prüffelde einer sorgfamen Kontrolle unterzogen und eine halbe Stunde lang müssen sie das Doppelte der Betriebsspannung für die sie geschaffen wurden, ertragen, bevor sie dem weiteren Arbeitsgange zugeführt werden. Dann nehmen wiederum Wickelmaschinen die Kabel auf, umhüllen den Bleimantel mit Jute, und panzern ihn schließlich mit Eisenband. Wenn dieses dann nochmals durch eine Juteschicht gegen Verrotten geschützt ist und die Kabel zur Verhinderung des Klebens mit Kalk bestrichen wurden, dann werden sie auf den bekannten großen Holztrommeln aufgewickelt und versandt. Nach aller Herren Länder sind Starkstromkabel aus Oberschöneweide bis zu einer Spannung von 35 000 Volt geliefert worden und doch hofft man durch neue Verbesserungen, diese Spannung noch heraufzusetzen zu können. Bemerkenswert ist, daß es den eifrig schaffenden Ingenieuren glückte, durch ein besonderes Kabelschußsystem eine rechtzeitige Fehlermeldung zu erreichen. Durch schnelle Ausföhlung des verletzten Hochspannungskabels kann die Lebensdauer des betreffenden Kabelnetzes wesentlich verlängert werden.

Die Telephonkabelfabrik.

Die Konstruktion der Telephonkabel ist wesentlich anders als die der Starkstromkabel. Sie haben nur schwache Ströme auszuhalten und werden demzufolge aus dünnen Drähten, die nur lose mit Papier umwickelt sind, gebildet. Eine große Anzahl solcher Drähte wird auf besonders eingerichteten Verleim- und Wickelmaschinen zu einem Kabel vereinigt, das schließlich ebenfalls mit einem Bleimantel umpreßt wird. Eine besondere Eisenarmierung fehlt, weil die Telephonkabel meistens in Tonröhren verlegt werden. Vor dem Zusammendrehen werden die einzelnen Drähte auf Klappelmaschinen mit verschiedenfarbiger Seide umspunnen, dann werden je zwei Drähte miteinander verdreht und schließlich diese Drahtpaare in der Anzahl, die durch die an das Kabel anzuschließende Telephonapparate bestimmt werden, vereinigt.

So werden Kabel hergestellt, die bis zu 1000 Drahtpaare enthalten. Selbstverständlich werden auch diese Kabel sorgfamen Prüfungen auf Kupferwiderstand, Isolationswiderstand und Kapazität unterworfen. In anderen Abteilungen des Werkes werden auch einfache Leitungsdrahte, die mit Papier oder Kautschuk isoliert sind, ferner alle diejenigen Teile hergestellt, die bei der Montage der Leitungen als Armaturen zur Verwendung gelangen.

In einer großartig eingerichteten Gummifabrik wird der für elektrotechnische Zwecke benötigte Gummi verarbeitet; aber auch andere Gummiwaren, wie Kämme, Pfeifenspitzen, chirurgische Artikel usw. werden hergestellt, so daß bei einem Nachlassen des Beschäftigungsgrades in der Elektrotechnik dieser Teil des Werkes ständig mit Arbeit versehen ist. In der Tenacit-Fabrik wird ein äußerlich dem Hartgummi ähnelndes, in seiner Zusammenlegung aber doch von ihm verschiedenes Material, das Tenacit, produziert, das sowohl eine hohe mechanische Festigkeit, als auch Feuerbeständigkeit, gute Isolationseigenschaften und hohe Polierfähigkeit besitzt. Es ergänzt den Hartgummi in der glättlichsten Weise, Zählertafeln, Telephonringe usw. werden aus ihm fabriziert.

In der Metallwarenfabrik.

Im 5. Stock eines großen, dicht an der Spree liegenden Gebäudes strömen 22 Öfen, die sich in zwei langen Reihen gegenüberstehen, atemraubende Glut aus. In ihnen brodeln Kupfer und Messing und das Öl, das die Flammen nährt. Wenn der Metallbrei gar ist, schießt ein heller, brennender Strom aus den Öfen heraus und füllt die bereitgehaltenen Kessel, die Formen, die das Metall zu Barren oder Platten bildet. Im 5. Stockwerk eines anderen Gebäudes liegt die Aluminiumgießerei, die Aluminiumbarren für die Drahtfabrikation sowie Formstücke für die verschiedensten technischen Zwecke erzeugt. Die ungewöhnliche Lage der Gießereien im 5. Stockwerk soll die Luftverschlechterung in Oberschöneweide, die durch diese Betriebe bedingt ist, möglichst herabmindern.

In einem anderen Räume stehen selbstbewußt und wuchtig große Pressen, die Drucke bis zu 1 Million Kilogramm auszuüben vermögen. Sie nehmen die Metallbarren, die die Gießerei lieferte, auf und mühelos soll pressen sie aus ihnen Stangen von verschiedenartigstem Querschnitt. Da gibt es runde, vier- und sechseckige Stangen, starke und schwache, und das alles munter an wie Spielerei; die in Fesseln gelegten Naturkräfte gehorchen willig dem schwachen

Menschengeschlecht. In der Teilpresserei stehen kleinere Pressen und Stanzen in langen Reihen, eine neben der anderen. Sie drücken rotwarm gemachte Metallstücke in stählerne Gefaße und geben ihnen oft recht komplizierte Formen. Hier ist der Metallgießerei ein tüchtiger Rivale entstanden und sicherlich sind die gepreßten Teile weitaus besser wie die gegossenen, in denen sich oft genug die Luft breit macht, Hohlräume bildet und die Festigkeit manches Teiles stark vermindert. Zu den Metallbetrieben, die fast die Hälfte des Kabelwerkes einnehmen, gehören auch das Rohr- und Blechwalzwerk, die ebenfalls in der modernsten Weise ausgestattet sind.

Alle diese Betriebe, die hier vereinigt sind, gründen ihre Tätigkeit auf das unscheinbare, aber dafür umso wichtigere Schaffen der Laboratorien, in denen die wissenschaftlichen Grundlagen für die Fabrikation dauernd geprüft und erforscht werden. So untersucht das Metallurgische Laboratorium immer und immer wieder die Zusammenlegung der zur Verwendung gelangenden Metalle, im elektrotechnischen Laboratorium wird ständig an der Weiterentwicklung der Kabeltechnik gearbeitet und es ist ein bemerkenswerter Erfolg, daß es gelang, die Kabelspannung innerhalb 25 Jahren von 3000 auf 35 000 Volt heraufzusetzen und daß man bestimmt mit weiteren Erhöhungen rechnet. Schließlich mögen noch das Fernsprech- und das Verstärklaboratorium sowie das Chemische Laboratorium erwähnt werden.

Die Arbeit, die hier in Oberschöneweide geleistet wird, ist achtunggebietend. Sie stellt Hand- und Kopfarbeitern das Zeugnis hervorragender Tüchtigkeit aus. An der Arbeiterschaft ist es, durch intensivste Arbeit an sich selber das vielgestaltige Zusammenwirken solcher Riesenbetriebe zu erfassen, um sich so für die Zukunft, die wir als Sozialisten erstreben, vorzubereiten.

Bedarfsdeckung und freier Markt.

Vorläufig jedenfalls drückt der Erfolg dieses Großunternehmens die kapitalistische Wirtschaft ihren Stempel auf. Das Werk entstand als Nebenbetrieb der AEG. Lag doch nichts näher, als den zum Konzern erstarkten Betrieben für Herstellung elektrischer und anderer Maschinen und Armaturen auch eine Werkstätte anzuschließen, die sie mit den notwendigen Rohstoffen und Hilfsfabrikaten, Metallteilen, Gummiisolierungen usw. versorgt und diese in eigener Werkstatt aufzubereiten imstande ist. So wurde man von fremden Lieferanten unabhängig, war in der Preisbildung vom Markt solcher Hilfsfabrikate unabhängig, konnte die Herstellung dieser Waren ganz auf die Erfordernisse des Hauptbetriebes einstellen. Innerhalb des Konzerns ist dieser Teil der Produktion Bedarfsdeckung. Kein hemmendes Mittelglied stellt sich zwischen den Produzenten des Rohkupfers, des Rohgummis usw. und die Hauptwerkstätte, die ihrerseits erst für den Markt arbeitet. Die Hilfsproduktion ist aber nur der kleinere Teil der gesamten Warenherstellung des Großbetriebes. Formstücke, Gummiwaren wandern in großen Mengen hinaus auf den freien Markt. Bei ihm sucht man Beschäftigungsmöglichkeit besonders für den Fall, daß einmal infolge von Schwankungen der Wirtschaftslage der Absatz von Maschinen sinkt. Man produziert eben Gummiabfälle und medizinische Geräte ebenso wie viele andere Gebrauchsgüter oder Teile von Produktionsmitteln, deren Fabrikation und Abschluß schon jetzt eine wichtige Rolle spielt, die es aber gestattet, ganz plötzlich auch große Teile des Werkes auf diese anderen Waren umzustellen.

Daneben ist der wesentliche Teil der Produktion, nämlich die Herstellung von Kabeln, die dem Werk seinen Namen gegeben hat. Dieser Teil der Produktion ist nach, wie in der Periode des Handwerksbetriebes, Kunden- oder Auftragsproduktion. Kabel, die für die verschiedensten Zwecke in den verschiedensten Profilen und Zusammenlegungen verlangt werden, kann man nicht auf Lager produzieren und dem Käufer anbieten. Der Absatz dieser Produkte stützt sich — obwohl das Werk eine große Selbständigkeit und ein eigenes Verkaufskontor hat — selbstverständlich auch auf die Abteilungs- und Kellereioffizianten der AEG.

So bietet der gewaltige Betrieb ein Bild von der fortgeschrittenen Konzentration der Unternehmungen, und zwar zugleich der Vertikal- und der Horizontalkonzentration. Vertikal steht die Herstellung und Lieferung von Hilfsmaterialien zur AEG., horizontal neben ihr stehen die mannigfaltigen Produktionszweige, die in Niederschöneweide und zu anderweitiger Verwertung arbeiten, deren Produktion nur in einer gewissen Interessengemeinschaft mit der AEG., nicht in ihrem unmittelbaren Dienst erfolgt. Diese Eigenart des Betriebes, die übrigens bei den meisten anderen Konzernunternehmen anzutreffen ist (z. B. im Stinneskonzern) bietet eine Fülle von Anregungen für denjenigen, der sich ein Bild von der kapitalistischen Betriebsorganisation machen und über ihre sozialistische Ausgestaltung nachdenken will.

Der Ruf durchs Fenster.

55] Roman von Paul Frank.

„Wer oder was hindert ihn?“
„Wollen Sie mir vorerst noch eine Frage gestatten: Hat den Mann bereits ein Arzt gesehen?“
„Wir haben das bisher nicht für nötig gehalten, nicht wahr, Herr Lubatschow? Da kämen wir weit, wenn wir jeden Simulanten, der nicht gestehen will...“
„Dann möchte ich zuerst eine ärztliche Untersuchung vornehmen“, erklärte der Arzt, der zugleich das Handgelenk des Häftlings ergriffen hatte; hierauf legte er das Ohr an die Brust des jungen Menschen, erhob sich, als er damit zu Ende war, und zog, vor Richard Faltin auf dem Teppich kniend, mit beiden Daumen sonst seine Augenlider nach abwärts, worauf der stiere, völlig verlorene Blick des Häftlings auf ihm ruhte.

„Nun?“ fragte Direktor Roos, als Doktor Jordan sich nach einer Weile erhoben hatte, „welche Art von Krankheit stellen Sie fest?“

„Das Befinden des jungen Mannes ist allerdings nicht normal“, antwortete der Arzt, „wie Sie sofort vermutet haben, Herr Direktor.“

„Hat er am Ende eine ansteckende Krankheit?“ fragte ängstlich der Präfeldt. „Jergendein gefährliches Fieber?“

„Nichts dergleichen, obzwar die Zahl der Atemzüge fünfzig in der Minute beträgt und eine erhebliche Pulsbeschleunigung und außerdem jene sonderbare Veränderung der Pupillen festzustellen ist, die bei Personen charakteristisch ist.“

„Bei welchen Personen?“ fragte Garbislander lauernd.
„Bei Hypnotisierten“, entgegnete der Arzt.

Der Schriftsteller hatte keinen Platz verlassen und stand vor dem Freund, dessen Kopf er ergriffen hatte. „Was sagen Sie da...?“ flüsterte er. Der Präfeldt war ebenfalls nähergetreten.

„Daraus also...“ murmelte der Bankdirektor.
Auch der Kommissar Lubatschow stand neben dem Arzt.

„Ich bin meiner Sache ganz sicher“, erklärte dieser. „Der Patient befindet sich im sogenannten posthypnotischen Zustand.“

„Meine Ahnung, meine Ahnung...“ Aes der junge Schriftsteller.

„Welche Ahnung meinen Sie?“ fragte der Präfeldt.
„Die absolute Uebereinstimmung mit meinem Stück, mit dem 'Wehrwolf'! Ich sage es Ihnen nun auf den Kopf zu, daß der Student Dmochowski unschuldig ist!“

„Wie kommen Sie plötzlich auf Dmochowski? Der hat doch mit dieser Sache nichts zu tun!“

„Doch! Und zwar mehr als Sie glauben! Dmochowski hat niemals daran gedacht, seine Braut zu töten!“

„Wie erklären Sie sich demnach das Verschwinden des Mädchens?“

„Erika Diest ist dem gleichen Verführer zum Opfer gefallen wie der junge Mensch hier vor uns!“

„Eine gewagte Behauptung!“

„Eine Verleumdung!“

„Eine Verleumdung?“

„Komplexe gänzlich verschiedener Art zusammenschweißen zu wollen!“

„Wenn ich nur wüßte, um was es sich handelt, was der Schriftsteller eigentlich meint...“ sagte der Bankdirektor.

Ohne einer dieser Stimmen Gehör zu schenken, stand Garbislander verfunken da und murmelte: „Wenn man nur wüßte, wer der Verführer ist?“ Und da er das ratlos ärgerte Gesicht des Präfeldts sah, zog er diesen ganz nahe an sich heran und sagte: „Daß Sie noch immer nicht einsehen wollen!“

„Ich gebe mir ja jede erdenkliche Mühe...“ verteidigte sich jener. „Es besteht, wie sich nicht leugnen läßt, eine gewisse Ähnlichkeit...“

„Wir sind nun bereits so weit, zu wissen, daß Richard Faltin hypnotisiert worden ist, und daß er demnach unter fremdem Einfluß steht und schon damals in der gleichen Zwangslage sich befand, als er das Geld aus der Kasse genommen hat.“

„Was allerdings erst bewiesen werden müßte, obwohl die Behauptung recht hübsch klingt.“

„Gebunden Sie sich nur noch eine kurze Zeit, Herr Präfeldt, und ich glaube Ihnen prophezeien zu können, daß Sie eine ganze Serie angenehmer Ueberraschungen erleben werden.“

„Ich muß Sie dringend bitten, Ihre Debatte auf später zu verschieben“, erklärte energisch Doktor Jordan, „da ich mich mit dem Patienten sonst in einen anderen Raum begeben müßte. Wir werden bald Klarheit darüber besitzen, auf welche Weise, unter welchen Umständen Faltin in diesen merkwürdigen Zustand geraten ist.“

„Für mich ist das eigentliche Rätsel bereits gelöst“, sagte der Bankdirektor. „Im normalen Zustand wäre er bestimmt niemals imstande gewesen, einen Diebstahl zu begehen, nur

die Hypnose allein hat es vermocht, diese Wandlung hervorzurufen.“

„Was geschieht nun?“ fragte Garbislander den Arzt, der wieder mit dem Kranken sich zu beschäftigen begann und dessen Handgelenk neuerlich erfaßt hatte.

„Ich will mich bemühen, dem Patienten, ehe ich ihn erwecke, einige Erleichterungen zu verschaffen.“ Er sah ihm starr ins Gesicht, holte, während er den Puls Richard Faltins nicht freigab, mit der linken Hand die Taschenuhr hervor und sagte nach einer Weile: „Hundertachtunddreißig — hundertzweunddreißig — hundertvierzehn — hundertzwei — vierundachtzig. Das war ungefähr normal. Und auch die Zahl der Atemzüge werden wir herabsetzen.“

Faltin schien sich in der Tat wohler zu fühlen, da er viel ruhiger schien als vorher. Doktor Jordan stellte sich in Postur und begann eine Reihe von Strichen am Körper des Häftlings zu vollführen, die von unten nach oben verliefen.

„Einen Augenblick, lieber Doktor...“ unterbrach ihn der Schriftsteller. „Ich verspreche Ihnen, daß ich Sie, wenn Sie mich nur diesmal noch angehört haben, nicht mehr stören will. Sie haben doch jetzt die Absicht, den Patienten zu erwecken. Ich bin jedoch der, wenn auch unmaßgebenden Meinung, daß das nicht das gute Verfahren ist, um uns unserem Ziel näherzubringen, da wir uns doch dieses jungen Menschen, der ein Opfer ist, bedienen wollen, um in Erfahrung zu bringen, wessen Opfer er geworden ist. Ungeahnte Möglichkeiten eröffnen sich uns, Ihnen vor allem, Herr Präfeldt.“

„Sehr richtig!“ rief Herr Ludolin.

„Soviel mir nun bekannt ist“, fuhr der junge Schriftsteller fort, während Richard Faltin auf seinem Stuhl zu schlafen, jedoch nicht mehr zu leiden schien, „erlisch in einem hypnotisierten mit dem Augenblick des Erwachens jede Erinnerung und er hat keine Ahnung, wo er sich befunden hat und was er auszuführen gezwungen gewesen ist...“ Der Hypnotiseur hat in diesem Fall seinem Medium anbefohlen, einen Diebstahl auszuführen, eine Veruntreuung zu begehen. Gegenwärtig befindet sich Richard Faltin, der dem Befehl seines Auftraggebers strikten Gehorsam bezeigt hat, in einem Zustand zwischen Wachen und Schlaf; er ist noch nicht zur Befestigung gekommen, ist jedoch auch nicht mehr so ganz fest in der Hypnose befangen, wie er es vordem gewesen ist. Nun glaube ich, daß es besser und in unserem Interesse vorteilhafter wäre, ihn neuerlich einzuschlafen, ihn nochmals zu hypnotisieren, um hierauf die gewünschten Auskünfte von ihm zu verlangen...“

Die Farben der Republik.

Anlässlich der Ermordung des Reichsministers Rathenau war eine Hissung aller Reichsflaggen auf Halbmaß angeordnet worden. Wie heute feststeht, ist diese Anordnung in den Provinzen höchst mangelhaft durchgeführt worden und es wird Aufgabe und Pflicht der verantwortlichen Stellen sein, am Tage der Verfassungsgebung, dem 11. August, unbedingt für eine alle Reichsgebäude und Staatsgebäude erfassende Flaggenhissung zu sorgen. Aber auch im Publikum besteht vielfach noch Unklarheit, welche Flaggen das Deutsche Reich denn nun eigentlich von Rechts wegen führt. Es sei deshalb zunächst darauf verwiesen, daß die sogenannte Nationalflagge einzig und allein die schwarzrotgoldene ist, und zwar nach § 3 der Reichsverfassung. Die Farbenstreifen sind gleichmäßig breit und verlaufen in der Querrichtung von links nach rechts. Die belgische Flagge hat z. B. auch dieselben Farben, aber in der Anordnung schwarzgelbrot und in der Längsrichtung, d. h. von oben nach unten, wie auch die französische blauweißrot. Trikolore von oben nach unten gestreift ist. Die reine schwarzrotgoldene Flagge hat außerdem die Reichspost, deren roter Mittelstreifen breiter ist als der schwarze und der gelbe und der außerdem ein Posthorn trägt. Das Reichspostministerium trug diesmal bereits den richtigen Flaggenstreifen. Die Flagge der Dienstbehörden zu Land weist in einem Mittelfeld den Reichsadler auf, die Flagge des Reichswehrministers ist gleichfalls schwarzrotgold und trägt in der Mitte ein Eisernes Kreuz. Die Standarte des Reichspräsidenten weist quadratische Form auf und zeigt im gelben Feld mit schmaler roter Umrandung einen schwarzen Reichsadler. Die Handelsflagge des Reichs hingegen ist schwarzweißrot geblieben und trägt in der linken oberen Ecke eine sogenannte Gösch, die schwarzrotgold und selber so klein ist, daß man sie kaum gewahrt wird. Die unter dem Namen Union Jack bekannte Nationalflagge Großbritanniens hat im linken Obereck auch eine Gösch, die aber den vierten Teil der ganzen Flagge einnimmt, während die deutsche Gösch nur den 25. Teil des Flaggenraums beansprucht. Das wird hoffentlich später einmal anders. Die Reichsriegsflagge ist gleichfalls schwarzweißrot mit der schwarzrotgoldenen Gösch und mit einem großen Eisernen Kreuz in der Mitte. Schließlich ist die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See ebenfalls schwarzweißrot, hat aber außer dem gelben Mittelfeld, das einen schwarzen Adler mit roten Klauen und Schnabel trägt, keinerlei Hinweis auf die Farben der Republik. Auch auf den Binnengewässern, Seen und Kanälen, also auf allen märklichen Seen und Flußläufen wird diese Flagge gezeigt, was in der letzten Zeit, da es nicht bekannt ist, in der Bevölkerung lebhaften Unwillen hervorgerufen hat. Eine offizielle Flagge, die ganz rein schwarzweißrot ist, gibt es überhaupt nicht mehr, und wer eine solche Flagge führt und zeigt, sei es auf einem Hause, auf einem Ruder, oder Segelboot, einem Automobil, einem Fahrrad, als Abzeichen auf dem Rockaufschlag oder als Schleifen im Knopfloch, will damit anzeigen, daß er ein Feind der Republik ist und bleiben will. Um so mehr haben die Betreuer der Republik, zu welcher Partei sie sich auch rechnen mögen, die unabweisbare Pflicht, ihrerseits, wo immer die Gelegenheit sich bietet, die Farben der Republik zu zeigen.

Eine Anzahl von Post- und Telegraphenanstalten hat der Anordnung der Reichsregierung, die Dienstgebäude am Tage der Trauerkundgebungen für Oberschlesien und der Beisehrgsfeierlichkeiten für den Minister Rathenau zu beslaggen, nicht Folge geben können, weil, wie jetzt postamtlich mitgeteilt wird, ihre in den früheren Reichserben gehaltenen Flaggen sich zur Aenderung noch bei den Fahnenfabriken befinden und neue Flaggen noch nicht zu beschaffen waren. Behauptungen, daß Postvorsteher absichtlich die Beslagung des Dienstgebäudes unterlassen hätten, treffen nicht zu. Die Reichspostverwaltung wirkt auf die möglichst schnelle Neulieferung oder Umarbeitung der Flaggen hin, jedoch bedarf die Erledigung der Aufträge immerhin einige Zeit, da es den Fabriken nicht möglich ist, sich für eine vorübergehende Arbeit auf einen Massenbetrieb einzustellen und es ihnen zum Teil auch an den nötigen Fahnenstoffen mangelt. Demnach sind also die Fahnenfabriken das Kardinale und die betreffenden Betriebsräte würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie sich dieser Angelegenheit ein wenig annähmen.

Der Kampf um die Villa.

Als der Zwangsmieter kam. . .

Ein häßlicher Wohnungskrieg hat sich vor einiger Zeit in G. r. o. r. i. s im Kreise Bellow abgepielt. Der Uhrmacher Richard Szymanski, der in Berlin sein Geschäft betreibt, hat sich dort eine für sich und seine Familie ausreichende kleine Villa errichtet. Ein aus Polen vertriebener Eisenbahnassistent Drows war nun nach G. r. o. r. i. s versetzt worden und hatte vom Gemeindevorsteher die Wohnung der Familie S. angewiesen erhalten. Dagegen war Einspruch eingelegt worden, weil die Räume für eine weitere Familie nicht ausreichten. Während die Sache noch schwebte, kam es zur Katastrophe.

Eines Tages, als in der Villa nur die beiden halbwüchsigen Kinder des S. anwesend waren, während die Eltern in Berlin einen Termin wahrzunehmen hatten, meldete sich bei den Kindern der Zwangsmieter Drows und begehrte Einlaß. Die Kinder verweigerten jedoch dem fremden Mann den Zutritt, so daß dieser gezwungen war, das Gemeindecamt aufzusuchen und auf Grund des in seinen Händen befindlichen Einweissungsbescheides weitere Behaltungsmaßnahmen zu verlangen. Der stellvertretende Schöffe des Gemeindevorstehers entschied: Wenn er nicht Zutritt zu den Räumen fände, auf die er Anspruch habe, solle er sich diesen gewaltsam erzwingen. Der Zwangsmieter fuhr nun mit einem vollgepackten Möbelwagen vor die Wohnung und forderte ungestüm Einlaß. Als ihm dieser wiederum verweigert wurde, begann ein erbitterter Kampf, der damit endete, daß Drows mittels einer Leiter den Balkon „eroberte“, wobei eine Scheibe der Balkontür entzwei ging, so daß diese aufgeriegelt und in das dahinterliegende Zimmer eingedrungen werden konnte. Dieses wurde dann kurzerhand ausgeräumt, die gesamten Sachen wurden wahllos in ein Nebenzimmer geworfen, die Gardinen, Portieren und Wanddekorationen gewaltsam heruntergerissen und man versuchte sogar, die Badeeinrichtung herauszureißen. Der kleine Krieg, bei dem auch Schimpfworte flogen, war eben erst zu Ende, als Herr S. von Berlin heimkehrte. Es wurde dann ein vorläufiger modus vivendi hergestellt, aber gleichzeitig Strafanzeige gegen Drows erstattet, der übrigens das Feld bald wieder räumte, da die sofortige Beschlusse des S. als berechtigt anerkannt und Drows an einen anderen Ort versetzt wurde.

Das Schöffengericht zu Königs-Wusterhausen verurteilte Drows wegen dieses lärmenden Aktes der Selbsthilfe zu 1000 M. Geldstrafe, indem es ihm zugute hielt, daß er infolge des nicht ganz korrekten Verhaltens des Gemeindevorstehers und des Schöffens geglaubt habe, zu seinem Vorhaben berechtigt zu sein. Szymanski hielt die Strafe aber für viel zu gering und behauptete in seiner Berufung, daß der Angeklagte und seine Helfer wie die Banditen gehandelt hätten. Die Strafkammer des Landgerichts II, die sich nunmehr mit der Angelegenheit beschäftigen mußte, belieh es jedoch bei dem ersten Urteil unter Erhöhung der Strafe um noch 100 M.

Nachts am Elfenstloß.

Der Morgen graute bereits, und noch immer herrschte in der Feenstloß-Diele am Ruffürkendam reges Leben und Treiben. Hier „lagte“ eine geschlossene Gesellschaft. Gegen 4 1/2 Uhr früh begehrten noch zwei Herren, der 31 Jahre alte russische Oberst a. D. Richard von R., der aus Riew stammt und seit einiger Zeit in Charlottenburg wohnt, und ein gewisser Peter W. Einlaß. Als ihnen unter dem Hinweis, daß hier eine geschlossene Gesellschaft anwesend sei, der Eintritt verweigert wurde, geriet der Herr Oberst in heftigen Zorn und zertrümmerte mit seinem Spazierstock die Glascheibe der Entreeür. Der Direktor der Diele stellte den temperamentvollen Herrn zur Rede, doch griff dieser statt jeder Antwort denselben sowie mehrere Gäste, die dem Direktor zu Hilfe eilten, tätlich an. Bei der sich entwickelnden Räuerei erlitten ein Gast und ein Kellner sowie auch der kampflustige russische Kriegsmann einige Verletzungen. Der Tumult erreichte seinen Höhepunkt, als der Begleiter des Obersten seinen Revolver aus der Tasche zog. Ehe er aber noch zu schiessen vermochte, hatte ihm der Geschäftsführer die Waffe aus der Hand geschlagen. Inzwischen erschienen zwei Beamte der alarmierten Schutzpolizei, die die Streitenden auseinanderbrachten und den Oberst, der aus zwei Kopfwunden stark blutete, nach der Rettungsstelle in der Gasteier Straße führten.

Zur Schulgeldstaffelung.

Ueber die vielmustrittene Schulgeldstaffelung, auf deren Zustandekommen nun schon ein volles Jahr gewartet wird, sollen die Stadtvorordneten in ihrer Ferien Sitzung entscheiden. In der vorigen Sitzung konnte die Abstimmung nicht mehr stattfinden, weil die Fraktionen der Rechten, die ihre Deute nicht vollständig beisammen hatten, Beschlussfähigkeit herbeiführten, um einen Beschluss im Sinne der Linken zu verhindern. Von den beiden sozialistischen Fraktionen liegt dazu ein gemeinsamer Antrag vor, der folgendes will:

Bei einem vorjährigen Einkommen bis 30 000 M. wird gar kein Schulgeld erhoben. An Schulgeld pro Jahr wird gefordert bei 30 000 bis 40 000 M. für das erste Kind 500 M., für das zweite Kind 250 M., für das dritte usw. nichts, bei 40 000 bis 60 000 M. für das erste, zweite, dritte Kind 750 M., 500 M., 250 M., für das vierte usw. nichts, bei 60 000 bis 80 000 M. für das erste, zweite, dritte, vierte Kind 1000 M., 750 M., 500 M., 250 M., für das fünfte usw. nichts, bei 80 000 bis 100 000 M. für das erste, zweite, dritte, vierte,

Allgemeine Funktionär-Versammlung

Donnerstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, im Deutschen Hof, Ludauer Straße 15.

Tagesordnung:

Die jüngsten politischen Ereignisse

Referent: Vorsitzender der Reichstagsfraktion Genosse Hermann Müller.

Mitgliedsbuch und Funktionärsausweis sind am Saaleingang vorzulegen. Ohne diese Legitimation hat keinen Zutritt. Der Bezirksvorstand.

fünfte Kind 1000 M., 1000 M., 750 M., 500 M., 250 M., für das sechste usw. nichts, bei über 100 000 M. für alle Kinder das volle Schulgeld. Sind in einer Familie außer den für Schulgeldstaffelung in Betracht kommenden Kindern noch mehr minderjährige Kinder ohne eigenes Einkommen, so soll sich das Schulgeld ermäßigen um eine Stufe, wenn noch zwei solche Kinder da sind, um zwei Stufen, wenn noch drei oder mehr solcher Kinder da sind. — Pflicht der sozialistischen Stadtvorordneten wird es sein, trotz der Ferienzeit möglichst vollständig zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Ein Abendblatt, das auf den Straßenverkauf zugeschnitten ist und gern sensationelle Nachrichten bringt, erzählt die tolle Mär, daß in Berlin künstlich auch der Gemeindecamtsbesuch nicht mehr kostenlos sein soll. Diesen Blättern folgert es aus den Verhandlungen der Stadtvorordnetenversammlung über die Schulgeldstaffelung, im besonderen aus dem gemeinsamen Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen, indem es annimmt, daß dieser sich auf die Gemeindecamtsbesuche bezieht. Selbstverständlich kann ein Antrag über Schulgeldstaffelung sich nur auf Schulen beziehen, die überhaupt noch Schulgeld erheben, also auf die höheren und mittleren Schulen. Das Blatt kapiert das nicht, sondern setzt über den Antrag die alarmierende Ueberschrift „Auch der Gemeindecamtsbesuch nicht mehr kostenlos“, fügt auch in den Wortlaut des Antrages eigenmächtig das Wort „Gemeindecamtsbesuch“ ein und sagt: „Der Besuch soll bis zu einem Elterneinkommen von 30 000 M. frei sein.“ So wird aus einer Vergünstigung, die den Kindern der Rinderbemittelten den Besuch höherer Schulen erleichtern soll, der blödsinnige Einfall, den das Blatt seinen Lesern aufstiftet.

Aufenthalt für deutsche Kinder in Dänemark auf 3 Monate.

Eine Anzahl Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsgesellen und Arbeitsinvaliden (Skandinavische Sektion) Dänemark will in der nächsten Zeit deutsche und österreichische Kinder auf drei Monate zur Erholung nach Dänemark kommen lassen. Die Unterbringung erfolgt bei den Mitgliedern der genannten Organisation. Für den Internationalen Bund der Kriegsgesellen (Deutsche Sektion) kommen 75 Kinder von Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen in Frage, die anderweitig eine Erholung noch nicht genießen haben. Das Reisegeld in Höhe von 250 M. wird durch die zuständige Fürsorgestelle von unserer Organisation beantragt. Wir bitten Schwerbeschädigte und Hinterbliebene, die unserer Organisation angehören, und deren Kinder erholungsbedürftig sind, diese gegen Vorgeigung der ordnungsgemäß geliebten Mitgliedskarte anzumelden. Alle weiteren Maßnahmen werden dann durch uns erledigt. Die Kinder werden gut untergebracht bei sorgfältiger Pflege. Freie ärztliche Behandlung für alle Fälle wird gewährleistet; außerdem hat die „Falken-Organisation“ Dänemark die Mittel zur Verfügung. Die Anmeldungen müssen spätestens bis zum 21. Juli erfolgt sein.

Internationaler Bund der Kriegsgesellen, „Deutsche Sektion“, Berlin, Legationstr. 15.

Zu dem Fund eines Menschenfisches im hohenpölkernkanal wird mitgeteilt, daß jetzt ein zweiter Fuh aus dem Netzkies gelandet worden ist. Er gehört zu den ersten und ist ebenso wie dieser an dem Knöchelgelenk ausgehöhelt. Der Fund rührt ohne Zweifel von einem Verbrecher her, das mit bisherigen Funden nicht in Verbindung steht. Die Staatsanwaltschaft II hat die Berliner Kriminalpolizei um Mitarbeit für die Aufklärung ersucht.

Ein äußerst verhängnisvolles Versehen ist einem Postkellner am 11. Juli beim Schalterdienst im Postamt Berlin unterlaufen. Der Beamte hat bei der Auszahlung von Kassengeld am Schalter einer Person irrtümlich 11700 M. zubielt auf einen Kassencheck ausgezahlt. Da er als Beamter für den zuviel gezahlten Betrag aufkommen muß, so gerät er finanziell in dieser schweren Zeit in eine sehr bittere Notlage und bittet auf diesem Wege den Empfänger, den zuviel gezahlten Betrag der Kassen-Hauptkasse Postkassendirektor Berlin, Dortheenstraße, unter Verwahrung einer hohen Belohnung zurückzugeben.

Festnahme eines Eisenbahnübers. Beamte, die den Zug Nr. 235, der sich auf der Fahrt von Hannover nach Berlin befand, begleiteten, bemerkten einen Mann, der während der Fahrt sein Abteil betrat und auf den Trittbrettern entlang ging,

um in anderen Abteilen plötzlich zu verschwinden. Sie ließen ihn nach und ertapten ihn dabei, als er einem Passanten, das fest schlief, die Handtasche mit Inhalt raubte. Nun wurde er gepackt und auf dem Bahnhofs-Spandau der Kriminalpolizei übergeben. Dagegen ist ihm als den Bäckereibesitzer Vitalis Bilski fest.

Bergarbeiter-Explosion. Bei einer Grubenschlagweiterexplosion in einem Kohlenbergwerk in Stirling (Süd-Schottland) wurden 12 Bergleute getötet und 5 verwundet.

Schneegefälle in Frankreich. Nach Blättermeldungen ist in Savoyen und in der Franche-Comté in der letzten Nacht Schnee gefallen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung! Parteigenossen! Unsere bisherigen Fernsprechnachrichten sind ab 16. Juli dem neuen Amt Dönhoff unter den Nummern 5026, 5027, 5028 angeschlossen.

Wir bitten alle Interessenten dringend, sich Amt und Nummern sofort notieren zu wollen. Der Bezirksvorstand.

Heute, Dienstag, den 18. Juli:

Arbeitsgemeinschaft der Kinderärzte. Bezirks-Vorstand. Sitzung aller Ärzte und Hebammen um 7 Uhr, Danziger Str. 61-63, Zimmer 316.

Morgen, Mittwoch, den 19. Juli:

- 7. Kreis. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr erweiterte Sitzung im Zimmer 1.
- 28. Abt. 7 1/2 Uhr bei Juchacz, Zimmer 10, Funktionärsversammlung.
- 62. Abt. Giesenscheidt. 8 Uhr Versammlung bei Krawinkel.
- 84. Abt. Krawinkel. 7 Uhr bei Juchacz, Zimmer 27, Abrechnung und Funktionärsversammlung.
- 118. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr im Hotel Schlenker, Simonsstr. 42, Sitzung der Parteigenossen und Funktionäre.
- 123. Abt. Krawinkel. 7 1/2 Uhr in der Schule Krawinkel, 25, Versammlung. Am Rande um die „Republik“. Ref. Gen. Fendel.
- 141. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Krawinkel, Krawinkelstraße, Ecke Waldenstraße. Sitzung der Funktionäre.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Die Wochen für die Monate Juli/August werden morgen, Mittwoch und Freitag von 5-7 Uhr ausgeschrieben. Verteilungsvorhaben! Die Programme für das Mitteilungsblatt müssen sofort eingereicht werden.

Heute, Dienstag, den 18. Juli:

Reinhold-Verst. Jugendheim Kollhaus Schenkerstraße. Mitglieder-Versammlung. Referent: Verh. Jugendheim Kollhaus Schenkerstraße. Vortrag: „Die Duldungsfrage“. Referent: Jugendheim Kollhaus Schenkerstraße. Vortrag: „Der Nationalismus“. Referent: Jugendheim Kollhaus Schenkerstraße. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung sinkt und lebt“.

Briefkasten der Redaktion.

N. 1. I. Uns nicht bekannt. 2. Buchhandlung Bernward. 3. Fortgehender Briefkasten, G. D., Engelstr. 28. — D. V. 18. Rein. Nur bei der Staatsbehörde des Ortes.

Wirtschaft

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter hat in der ersten Julihälfte die günstige Arbeitsmarktlage angehalten. In allen Landesteilen und Gewerben tritt der Mangel an gelerntem Facharbeitern von Woche zu Woche stärker hervor. Infolgedessen vollzieht sich ganz allgemein eine lebhaftere Abwanderung der Arbeitskräfte von der größeren zur kleineren Arbeit. Die Metall- und Maschinenindustrie, das Baugewerbe und andere Branchen ziehen vor allem Arbeitskräfte aus dem Bergbau und der Schwerindustrie an sich. Die hier entscheidenden Stellen sucht man durch Einstellung ober-schlesischer Flüchtlinge und durch Ueberführung aus den ländlichen Provinzen, z. B. Ostpreußen, auszugleichen. Es bleibt aber trotz alledem in sämtlichen Zweigen des deutschen Bergbaus ein großer Teil der Nachfrage ungedeckt. Bemerkenswert ist die Meldung, daß man in der Provinz Sachsen Radeburger Jung- lehrer mit gutem Erfolg in Braunkohlengruben vermittelt habe. Hierin kommt der Ueberreichtum Deutschlands an sogenannten „Intellektuellen“ deutlich zum Ausdruck. Für die Berufswahl der heranwachsenden Generation ergeben sich hieraus nützliche Fingerzeige. Recht fühlbarer Arbeitermangel herrscht natürlich auch in der Landwirtschaft, die gegenwärtig schon im Zeichen der Ernte steht. Ein ungefähres Bild von der im vergangenen Monat eingetretenen Verminderung der Erwerbslosen ergibt sich aus der Tatsache, daß am 31. deutschen Wägen (über 10 000 Einwohner) am 24. Juni nur noch 16 029 Bollerwerbslose unterstügt wurden gegen 19 108 am 10. Juni d. J.

Die Aussichten für die weitere Gestaltung der Arbeitsmarktlage sind zunächst nicht ungünstig. Solange die Arbeiten im Freien andauern, wird eine stärkere Arbeitslosigkeit kaum zu erwarten sein. Für den kommenden Winter löst sich allerdings kaum eine sichere Voraussage machen, da die starke Anspannung des Arbeitsmarktes und die heftigen Schwankungen des Marktkurses schon jetzt die geschäftliche Unternehmungslust und das Zustandekommen von Abschlüssen mit dem Auslande nachteilig beeinflussen.

Die Begrenzung des deutschen Notenumschs. Nach Erlaß des Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank hatte die Reparationskommission bei der deutschen Regierung angeregt, nunmehr auf Vöhrregeln zur Begrenzung der Notenausgabe bedacht zu sein. Bei Beratung hierüber hat nun der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, die außerordentliche Kursenkung der Mark wertvolle jede Sanierungsarbeit. Sollte nicht die Entwicklung hoffnungslos abwärts gehen, so müßten die mit ausländischen Werten zu deckenden Leistungen wesentlich eingeschränkt und hinausgeschoben werden. Der Finanzpolitische Ausschuss billigt und unterstützt das Bemühen der Reichsregierung um Erlangung eines Moratoriums. Nur dadurch wäre der deutsche Kredit wieder herzustellen und eine ausländische Anleihe zu ermöglichen. Dann könnte Deutschland auch auf ein erträgliches Maß herabgesetzte Reparationsverpflichtungen erfüllen, ohne dadurch eine fortschreitende Zerrüttung seines eigenen Wirtschaftslebens wie des gesamten Weltmarktes herbeizuführen. Erst dann wäre der Zeitpunkt gekommen, zu dem wirksame Vorschläge zur Begrenzung des Notenumschs für den Reichsbedarf gemacht werden könnten.

Die Verschmelzung der Darmstädter Bank mit der Nationalbank wurde von den Generalversammlungen der beiden Unternehmungen beschlossen.

Die Leipziger Herbstmesse (Allgemeine Mustermesse mit Technischer Messe und Baumesse) findet vom 27. August bis 2. September 1922 statt. Von einer Verlängerung der Technischen Messe über die Allgemeine Mustermesse hinaus wird diesmal abgesehen.

Zusammenarbeit von Handelskammern und Reichsbahn. Bei den mannigfachen Beziehungen, die Handel und Industrie mit der deutschen Reichsbahn verbinden, liegt es im Interesse beider Teile, daß Anregungen und Wünsche der Handelskammern nicht erst durch schriftliche Eingaben zur Kenntnis der Reichsbehörden gelangen. Der Reichsverkehrsminister hat deshalb angeregt, daß die Handelskammern zu ihren Sitzungen, auch Ausschüssen, in denen Fragen des Reichsbahnverkehrs behandelt werden, regelmäßig auch die örtlich zuständigen Reichseisenbahndirektionen einladen möchten. Er hat die Reichseisenbahndirektionen angewiesen, daß sie esbann, soweit als es die Geschäftslage irgendwie gestattet, zu solchen Sitzungen einen Vertreter abordnet.

Die Bank von England hat ihren Diskont von 3 1/2 auf 3 herabgesetzt, ein Zeichen der anhaltenden Flüssigkeit am englischen Geldmarkt.

Der politische Mord.

Krampfhaft mühen sich die Deutschnationalen, nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten früher einmal den politischen Mord verherrlicht hätten. Diese Lüge genügt ihnen aber nicht, um die eigene Schuld zu verkleinern, sie steigern sich deswegen noch in einer Art, die — selbstverständlich — in der „Deutschen Tageszeitung“ am kräftigsten zum Ausdruck kommt.

Die Berliner Kriminalpolizei veröffentlichte in diesen Tagen einen Untersuchungsbericht über die Vorgeschichte zum Rathenau-Mord. In diesem Bericht wird u. a. von dem 17 Jahre alten Studenten Stubentrauch, einem Mitglied des Bundes der Aufrechten, und dem Studenten Wilhelm Günther gesprochen, die sich mit dem Plan, Rathenau zu ermorden, bereits im April d. J. befaßt haben. Dazu schreibt nun die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Mörderfreunde:

„Aus dieser (polizeilichen) Darstellung ergibt sich mit voller Eindeutigkeit, daß es sich bei dem Attentat um ein Verbrechen denkbar unpolitischer Art gehandelt hat, deren normale Geheimniskrämerie ebenso unter dem Mangel der bayerischen Justiztratte gelitten zu haben scheint, wie es leider vielfach auch bei der sogenannten sozialistischen Jugend zu verzeichnen ist. Für die Bahnweide eines 17jährigen Gymnasialisten und einiger ihm geistig Gleichwertiger hat man eine politische Partei verantwortlich machen wollen.“

Zunächst sei festgestellt, daß die sozialistische Jugend noch an keinem Mord beteiligt gewesen ist. Im übrigen aber geht die „Deutsche Tageszeitung“ über die Tatsache hinweg, daß die „Wahnideen“ nur durch die hebräische Schreibweise deutschnationaler und deutschösterreichischer Organe entstehen konnten. Die „politische Partei“, die für die „Bahnweide“ verantwortlich gemacht wird, züchtete in ihren Jugendorganisationen den Mordkult zu einer Höhe, für die leider jetzt nur die 17jährigen und ähnliche junge Mitglieder der Deutschnationalen bestraft werden.

Die Sache hat aber noch ein anderes Voch. Unter den Helfern, Vorbereitern und Mitwissern sind nicht nur Deutsche, denen die väterliche Justiztratte zufällig nicht genügend gab, unter ihnen sind auch deutschnationale Führer! Bekannte Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei sind in die Mordvorbereitungen, Waffenerwerbungen und in die Mordhege eingeweiht gewesen. Deutschnationale Blätter, nicht zuletzt die „Deutsche Tageszeitung“, haben das alles durch ihre maßlose Hege in Heldentaten umgedichtet und so auch gefördert, sie haben die Mordatmosphäre geschaffen.

Zur Lächerlichkeit ist deswegen das Bemühen jenes Blattes verurteilt, aus alten sozialdemokratischen Kalendern und noch älteren konservativen Wahlhandbüchern eine Begünstigung des politischen Mordmordes durch die Sozialdemokratie herauszupressen.

Die Sozialdemokratie war immer Gegnerin des Mordes und Attentats und wird es auch bleiben! Wenn man das Lechow, Fischer, Kern, Liljesen usw. mit russischen Propagandisten der Tat, wenn man sie mit Friedrich Adler vergleicht, so wird dabei immer vergessen, daß diese zu ihren Taten standen, daß Adler mit dem Revolver in der Hand sich zur Verhaftung stellte. Seine lassen sich Zehn- und Hunderttausende in die Tische stecken, amüffieren sich damit, laufen Seft und sind in Gesellschaft lustiger Damen zu finden. Dazwischen gehen sie auf Mordmord aus. Das ist „Kultur“, die auf sozialistischem Boden nie gedeihen kann, dazu gehört „deutschnationale“ Erziehung.

Deutschen-Kongress in Rußland. In Moskau hat unter dem Namen „Deutscher Tag“ eine Konferenz von Vertretern der deutschen Kolonien an der Wolga, vom Kaukasus, aus der Krim und der Ukraine stattgefunden. In den Debatten wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die schwere kulturelle und wirtschaftliche Lage der Deutschen in Rußland nach dem Uebergang Sowjetrußlands zur neuen Wirtschaftspolitik einer Wendung zum Besseren entgegengeht. Es wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, einen Deutschen Zentralverband mit dem Sitz in Moskau zu gründen und zu Ende September d. J. einen neuen Kongress der Deutschen in Rußland einzuberufen.

elektronischen Firmen, die die Empfangsstationen liefern, sorgen auch für die nötige Unterhaltung ihrer Kunden. Die Programme werden in den Tageszeitungen unter Angabe der entsprechenden Wellenlänge (200 bis 400 Meter) veröffentlicht, damit jeder sich das Gemüthliche auswählen kann. Da gibt es Musik aller Art, Konzerte, Langmusik, Vorträge befreunden Inhalts, Sonntags sehr viel Predigten, Märchenabende für die Kinder am Abend, Kurse und Saatenlandsberichte usw. Auch die Behörden haben bereits die Bedeutung erkannt, zu einem so großen Hörerkreis zu sprechen, und sie machen davon Gebrauch. So hält der Stadtmedizinalrat von New York Vorträge über Hygiene auf diese Art. Die Eisenbahngesellschaften haben zum Teil in den Zügen Empfangsapparate eingerichtet, um den Fahrgästen in einem besonderen Wagen Unterhaltung während der Reise zu bieten.

Eine seltsame Ermüdungserscheinung. Im Verlauf von Untersuchungen, die an Sportsteuilen nach körperlichen Anstrengungen vorgenommen wurden, hat sich eine eigenartige Erscheinung gezeigt. Der Ermüdung des Körpers entsprechend ließ nämlich das Farberneutere sich in einem bestimmten Maße ändern. Während, wie Boehning in der „Münchener Med. Wochenschrift“ hierüber mitteilt, vor der körperlichen Leistung die Unteruchung eine vollkommen normale Fähigkeit zur Unterscheidung der einzelnen Farben feststellen konnte, wurden, als der Körper ermüdet war, die kleinsten Rot-Grün-Objekte nicht mehr bestimmt unterschieden, und es trat vorübergehend sog. „Stotome“, d. h. dunkle Stellen im Gesichtsfeld auf, die jedoch leichter Art waren und von den Betroffenen oft gar nicht bemerkt wurden. Bei Rauchern oder Leuten, die Alkohol zu sich nehmen, zeigten sich die Erscheinungen in stärkerer Maße. Als Ursache dieser bisher noch nicht beobachteten Störung des Farbenunterscheidungsvermögens wird man wohl die „Ermüdungsstoffe“ annehmen müssen, d. h. die nach Muskelarbeit im Muskelgewebe sich ansammelnden Umformungsprodukte, die auch das bekannte schmerzhafteste Gefühl im angestrengten Muskel hervorrufen. In der Regel werden diese Ermüdungsstoffe durch den Blutstrom aus dem Muskelgewebe herausbefördert und schließlich durch die Haut, die Niere und den Darm wieder aus dem Körper ausgeschieden. Bei länger andauernder Arbeit sammeln sich jedoch größere Mengen der Ermüdungsstoffe im Muskel bzw. im Blutkreislauf an, und da nun in diesem Falle die Ausscheidung nicht so schnell vor sich gehen kann, so empfindet der Mensch ihre schädigende Wirkung: er fühlt sich ermüdet und erschöpft. Als Ermüdungsstoffe hat die Forschung bisher die Milchsäure erkannt, ferner die freie oder an saure Salze gebundene Phosphorsäure u. a. m. Ihre tatsächliche Wirkung ließ sich vor allem dadurch beweisen, daß es gelang, an gesunden Tieren, denen man das Blut ermüdeten Tiere eingespritzt hatte, Erscheinungen deutlicher körperlicher Ueberanstrengung und Ermüdung zu erzeugen.

Sommerfeste. Die Fermiere „Die Schwäbische Frau“ muß infolge technischer Schwierigkeiten verschoben werden.

Reizendtheater. Am 21. findet mit Tilla Durieux in der Titelrolle die Uraufführung von Sardous „Redora“ statt.

Kirchtag und Vorkonzert. Die Teilnehmer Vorkonzert-Planung hat jetzt für die dortige Stadtkirche ein Musikspiel besorgt. Es enthält gegen 60 Noten, die größte von 70 cm Höhe und 50 cm Durchmesser. Die Glocken sind nach Entwurf von Paul Bömer in Rot und Gold bemalt.

Zwangsanleihe und Schutzgesetz.

Gestern wurde im Reichstag der Gesetzentwurf über die Beilegung des Notgeldes in allen drei Lesungen angenommen. Das Notgeld soll nach dem Entwurf binnen drei Monaten nach Inkrafttreten eingelöst werden.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs gegen die Notlage der Presse. Der Reichswirtschaftliche Ausschuss hat die Vorlage vorbereitet und mit einer Reihe von Abänderungen angenommen. Der Ausschuss will die gesamte Ausführung mit einer Sonderabgabe von 1/2 pro Millie zugunsten der Presse belassen. Weiter wurde gewünscht, daß nicht nur die politische Tagespresse, sondern auch die gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und wissenschaftlichen Zeitungen unterstützt werden. Die Regierung hat eine Berücksichtigung dieser Wünsche in den Ausführungsbestimmungen zugefagt. Grundfänglich wurde festgelegt, daß bei der Berechnung der Rückvergütung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für den Inseratendruck verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden soll. Die Geltungsdauer des Gesetzes wurde bis zum 31. März 1924 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Ob der Entwurf der Presse umfangreiche Hilfe bringen wird, erscheint mir fraglich. Der Anlaß zu dieser besonderen Hilfsaktion ist ein wenig erbaulicher. Er ist gegeben in der übermäßig starken Preissteigerung des Druckpapiers und der noch höheren Steigerung des Papierholzpreises. Es gibt kaum eine Ware, die einen so übermäßigen Preisanschlag zu verzeichnen hat wie das Papierholz. Die außergewöhnliche Preisentwicklung muß uns mit großer Sorge über den Stand der Presse und ihre Lebensfähigkeit erfüllen. Wir haben ein Interesse daran, die Erhaltung der Presse in einem gewissen Maße zu gewährleisten, sie nicht vollständig dem freien Wettbewerb und der Skrupellosigkeit der Papierfabriken zu überlassen. Die Presse ist für unser Volk ein Kulturfaktor, ihr Rückgang würde das allgemeine Bildungsniveau senken. Dazu kommt, daß große kapitalistische Unternehmungen dazu übergehen, sich einflußreiche technische Unternehmungen anzugliedern, das bedeutet die Gefahr der Entwertung der Presse nach einer einseitigen Richtung. Ferner ist bei einer sehr bedrückten Lage der Presse ein gewisser Anreiz zur Korruption gegeben. Die Reichsregierung hat gegen die Ausschussvorschlüge keine grundsätzlichen Bedenken, sie wird von ihrer Ermächtigung nur Gebrauch machen, wenn auf andere Weise eine übermäßige Preissteigerung nicht beseitigt werden kann.

In der Abstimmlung werden kommunisliche Abänderungsanträge und ein Zentrumsantrag abgelehnt. Einem Antrag (Dnat.), Fortmann (Z.), wonach die Zeitungen mit geringerem Papierverbrauch bei der Rückvergütung verhältnismäßig besser bedacht werden sollen als die großen Zeitungen, wird zugestimmt. Sodann wird die Vorlage nach den Ausschussbeschlüssen angenommen.

Hierauf wird die am Samstag abgeordnete Abstimmung über die Novelle zum Erbschaftssteuergesetz fortgesetzt und abgeschlossen. Die Ausschussbeschlüsse werden im wesentlichen bestätigt. Es folgt dann

Die zweite Beratung der Zwangsanleihe.

Abg. Heffrich (Dnat.): Die grundsätzlichen Bedenken meiner Freunde gegen das Gesetz bestehen trotz der wesentlichen Verbesserungen, die die Regierungsvorlage im Ausschuss erfahren hat, fort. Abg. Dr. Meyer (L. Soz.): Gegenüber dem Abg. Dr. Heffrich habe ich zu bemerken, daß keine Partei des Reichstages mit dem Londoner Finanzadilat einverstanden war. Die Reichthoden der Deutschnationalen und des Abg. Heffrich zur Abwehr der Ententemahnungen sind freilich die allerungeeignetsten. Die außenpolitische Situation Deutschlands wird am meisten geschädigt durch die Art, mit der die „nationale Opposition“ Heffrichs gegen die Republik antritt. Sehr zu bedauern ist die lange Hinausdauer des Eingangs der Zwangsanleihe. Die Höhe ist vollkommen ungenügend und der Zinssatz zu hoch. Eigentlich ist die Zwangsanleihe nur der Ersatz für eine stärkere Vermögenssteuer und für eine wirksame Erfassung der Sachwerte. Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist es, die Staatsfinanzen so zu gestalten, daß die Republik

Kredit im Ausland

gewinnt. Dorum muß die Inflation abgebaud werden. Was man durch die Zwangsanleihe nicht aufbringen kann, muß die Notenpresse bringen mit der Wirkung, daß die Inflation und mit ihr die Preise steigen. Diesem Uebelstand abzuwehren, beantragt die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für die Zwangsanleihe die Höhe von 1 Milliarde Goldmark oder mindestens 80 Milliarden Papiermark. Weiter beantragen wir eine Herabsetzung des Zinssufes bis zu den ursprünglichen Sätzen der Regierungsvorlage. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Höflein (Komm.): Wir beantragen, die Zwangsanleihe auf 1 Milliarde Goldmark, evtl. auf 100 Milliarden Papiermark zu erhöhen. Den Zinssatz herabzusetzen und auch die anderen zum Ausschuss beschlossenen Änderungen aufzuheben.

Abg. Curtius (D. Sp.) lehnt eine Erhöhung der Zwangsanleihe über 80 Milliarden hinaus ab und stimmt im übrigen der Ausschussvorlage zu.

Unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. Eine Änderung tritt nur insoweit ein, als die Grenze des zeichnungsspflichtigen Vermögens, bei dem Abzüge für Kinder zulässig sind, auf sozialdemokratischen Antrag von 5 auf 3 Millionen Mark herabgesetzt wird.

Die Zwangsanleihe soll gleichzeitig mit den Novellen zur Erbschafts- und Einkommensteuer in Kraft treten. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz wird nach einer Protektionserklärung des Abg. Reenen gegen die Novelle in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung verabschiedet. Die Novelle zum Erbschaftssteuergesetz wird in dritter Lesung ohne Aussprache angenommen. In der dann vorgenommenen dritten Lesung wird das Gesetz über die Zwangsanleihe ohne Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Es folgt dann die erste Beratung eines von den Regierungsparteien beantragten Gesetzentwurfs, der den Reichsminister der Finanzen ermächtigt, der Reichsregierung für Maßnahmen

zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark

zur Verfügung zu stellen.

Abg. Philipp (Dnat.) bekämpft den „Reptilienfonds“. Das demokratische Gesetz müsse erst dem Hauptauschuss überwiesen werden, um ihm ein Bearbeiten erster Klasse zu bereiten.

Sächsischer Minister Lipinski betont gegenüber dem Vorredner in bezug auf die Entlassung eines höheren Beamten, die sächsische Regierung behalte sich vor, jeden Beamten zu entlassen, der nicht seine Pflicht tue.

Abg. Müller-Frank (Soz.):

Für die Vorlage werden alle Duzenigen stimmen, die die Republik schützen wollen gegen die Erzeuger der politischen Mordatmosphäre. Die Deutschnationalen haben bisher den Trennungskrieg gegen die nationalverbrecherischen Kreise noch nicht gezogen. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Der Vorredner hat, indem er die früher vorhandenen „Reptilienfonds“ erwähnte, die ganze Schande des kaiserlichen Systems aufgedeckt. (Stürmischer Beifall links. Lebhafter Widerspruch rechts.) Wir haben Abklat nicht das Verlangen, diese Schande zu übertrumpfen. Die Deutschnationalen fragen nach einer Begründung dieses Gesetzes. Nach dem, was vorgelesen ist, erscheint uns dieser Gesetzentwurf so selbstverständlich, daß er nach unserer Ansicht keiner Begründung bedarf. Man muß der Regierung die Mittel in die Hand geben, die sie zur Durchführung der Gesetze zum Schutze der

Republik gebraucht. Wenn gegen die Vorlage ein Vorwurf zu erheben ist, so der, daß ein zu geringer Betrag angefordert ist. Pönalerweise werden wir uns der Ausschussberatung nicht widersetzen.

Abg. Dr. Becker (D. Sp.) hält die Ausschussberatung für selbstverständlich und behält sich namens seiner Fraktion die endgültige Stellungnahme zu der Vorlage ausdrücklich vor.

Abg. Petersen (Dem.) tritt ebenfalls für die Ueberweisung ein. Das Haus beschließt so.

zweite Beratung des Reichskriminalgesetzes.

Nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses erhält der entscheidende § 1 des Gesetzes folgende Fassung:

„Zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sein Tätigkeitsfeld nicht auf bestimmte Orte beschränkt, wird ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt.“

Ueber die Verhandlungen des Rechtsausschusses berichtet Abg. Kardorff (D. Sp.).

Bayerischer Gesandter u. Preger erklärt namens der bayerischen Regierung, daß diese das Gesetz ablehnt, da es einen Eingriff in wichtige Hoheitsrechte der Länder darstelle. In weiten Kreisen der bayerischen Bevölkerung herrscht — ich will nicht sagen Reichsmüdigkeit, denn das bayerische Volk ist reichstreu bis auf die Knochen — (Schallendes Gelächter links) ein starkes Gefühl des Unmuts gegen die Reichsregierung, weil diese immer wieder in die Hoheitsrechte der Länder eingreift, ohne daß eine Staatsnotwendigkeit dazu vorliegt.

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) schließt sich dem an.

Abg. Läßbring (Soz.): Die Notwendigkeit einer Verbesserung des Aufbaus der Kriminalpolizei wird von den Kriminalisten schon lange gefordert. Es wäre besser gewesen, das Gesetz hätte den Namen „Reichspolizeigesetz“ erhalten, um die Möglichkeit zu haben, daß die Vertreter der Reichspolizei neben der politischen Seite ihrer Tätigkeit auch die Bekämpfung des Verbrechertums ausführen können. Durch die Uebertragung der Exekutive auf das Reich würden auch die Geheimbünde zur Vorbereitung politischer Verbrechen wirksamer bekämpft werden können. Wir wünschen daher, daß dem Reich die Ermächtigung gegeben wird, in solchen Fällen, in denen das Reichsinteresse berührt wird, durch seine eigenen Beamten Ermittlungen anzustellen. Bayern aber spricht sich gegen eine solche Erweiterung der Reichsbefugnisse. Ich bitte, den Gesetzentwurf unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Ausschussfassung anzunehmen. Die Vorlage stellt einen guten Schritt vorwärts dar auf dem Gebiet der wirksamen Bekämpfung des Verbrechertums. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Am Ausschuss sind die Bedenken Bayerns im wesentlichen berücksichtigt worden.

Abg. v. Kardorff (D. Sp.) erklärt für den größten Teil seiner Parteifreunde das Einverständnis mit der Vorlage.

Abg. Koch (Dem.): Der Zusammenhang des Gesetzentwurfs mit dem Rathenau-Mord ist hier heute bestritten worden; ich behaupte im Gegenteil, sowohl der Erzberger- als auch der Rathenau-Mord wären unmöglich gemacht worden, wenn der Reichsregierung ein solches Reichskriminalpolizeigesetz schon zur Verfügung gestanden hätte. Gegenüber der Notwendigkeit dieses Gesetzes hat es wirklich keinen Sinn, sich über Zuständigkeitsfragen zu zanken.

Reichsminister des Innern Dr. Köster:

In der deutschen Geschichte soll es vorgekommen sein, daß die einzelnen Länder miteinander im Kriege lagen, während draußen der Feind die schönsten Teile des Reichs herausriß. Ich möchte nicht, daß wir hier über Kompetenzen streiten, während draußen aus der Hege des Volkes die Mordhanden bilden, die dem Reiche die Gurgel abschnitten wollen. Das ist die tatsächliche Lage und das sind die aus ihr zu ziehenden politischen Konsequenzen. Im übrigen erscheint mir Sachlichkeit und Ruhe der Beratung diesem Entwurf gegenüber ganz besonders geboten. Es will mir nicht zweckmäßig vorkommen, wenn der Abg. Emminger den Vorwurf der Durchpeitschung erhebt. Der Drang, diese Materie einheitlich zu ordnen, war längst schon vor dem Kriege vorhanden. In einer Zeit, in der sich Verbrecherbanden, ähnlich den italienischen Faschistenbanden, in Deutschland zeigen, können wir ohne eine solche Regelung gar nicht die Sicherheit des Reiches aufrecht erhalten.

Die Mordorganisation C verteilt sich über alle Länder.

um die Schwierigkeiten auszumachen, die der Polizei jetzt durch die verschiedenen Zuständigkeiten entstehen. Die Schwierigkeiten, die der Fahndung nach den Rathenau-Mördern von Behörden der Reichspost und Eisenbahn bereitet worden sind, wären nicht möglich gewesen, wenn statt der preussischen Polizei eine Reichspolizei die Verfolgung geführt hätte. Wir haben auf die Länder alle nur denkbare Rücksicht genommen. Weiter als im Ausschuss können wir nicht mehr gehen. Die Reichsregierung muß die Rücksicht auf die sechs oder sieben Millionen Bayern dann zurückstellen, wenn diese Rücksicht kollidiert mit der notwendigen Rücksichtnahme auf die 60 Millionen deutscher Reichsbürger. (Beifall links.) Gewiß, wir müssen heraus aus der Periode der Ultimaten, aber auch aus der Zeit der Drohungen mit dem Abfall vom Reiche. (Sehr gut links.) Vielleicht gibt es in Bayern Elemente, die gar keine Bayern sind (Rufe: Ludendorff!), die aber ein Interesse daran haben, die Haltung der Reichsregierung falsch zu beleuchten und die Kluft zwischen Bayern und dem Reich zu erweitern. Die Mehrheit des bayerischen Volkes wird aber nicht möglich, daß die Verfolgung von Verbrechen erschwert wird aus Gründen der bayerischen Staatshoheit. (Beifall links.)

Nach weiteren Erklärungen der Abg. Sed-Offenburg (USP), Roenen (Komm.) und Unterleiner (USP.) wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Dienstag, 10 Uhr, dritte Lesung der Schutzgesetz, Amnestiegesetz, Gesetzentwurf gegen die Notlage der Presse, zahlreiche kleinere Vorlagen. Schluß nach 10 Uhr.

Frankreichs Drohungen.

Paris, 17. Juli. (WZB.) Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel abermals mit der Begegnung, die demnächst zwischen Poincaré und Lloyd George stattfinden soll. Nach seiner Ansicht müßten die beiden Staatsmänner von den Reparationen sprechen. Wie stelle sich das Problem den beiden Regierungen dar? Wenn die Reparationskommission eine Entscheidung Deutschlands feststellen werde, sei die Lage sehr klar. Dann müsse man Maßnahmen ergreifen, um dieser Verfehlung abzuwehren. Poincaré habe immer gesagt, daß er in diesem Fall bereit sei, sich mit den Alliierten Frankreichs zu verständigen. Daraus ergebe sich nicht, daß die französische Regierung darauf verzichte, allein vorzugehen, falls die Alliierten sich nicht über die auszuführenden Aktionen einigen könnten. Es scheine nicht, daß die britische Regierung die Lage in der gleichen Weise auffasse.

Man müsse wissen, schließt „Temps“, ob die Reparationskommission den Friedensvertrag anwenden oder ob sich innerhalb derselben eine Mehrheit bilden werde, die entschlossen sei, ihn nicht ausführen zu lassen. Wenn die Kommission aber den Vertrag zur Anwendung bringe, dann hätten die Alliierten das einzige vielleicht existierende Mittel, um Ordnung in die deutschen Finanzen zu bringen. Wenn sich aber eine Mehrheit bilden würde, um den Vertrag zu verlegen, müsse jeder einzelne seine Handlungsfreiheit zurückverlangen.

